



Der geopolitische Kontext des Ukrainekrieges

Von Heinz Gärtner

Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 fällt in eine Zeit geopolitischer Umbrüche von Aufrüstung und der Bündnisbildung. Die Konsequenzen werden in Europa ähnlich denen des Kalten Krieges lange zu spüren sein.

Tripolarität

Die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene „Unipolarität“ mit der Hegemonie der USA währte nur eine gewisse Zeit lang, auch wenn es teilweise in den Köpfen der US-Regierungen bis heute andauert. Danach prägte der Begriff der Multipolarität die internationale Debatte. Damit gemeint ist, dass in der Welt verschiedene Pole und Zentren entstehen. Das wären China, Russland, Indien, Brasilien, Japan, Europa und andere. Der Begriff Multipolarität ist irreführend, weil ökonomische Stärke einzelner Staaten nicht automatisch weltpolitische Macht bedeutet. Es geht um eine Tripolarität der USA, Chinas und Russlands, mit den USA an der Spitze. Die US-amerikanische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrinen sprechen von einer Großmachtkonkurrenz.

Bündnisse

Bündnisse werden in Zeiten geopolitischer Konflikte immer bedeutender. Neben bereits existierenden Bündnissen und Vereinigungen wie die NATO oder auch die Kollektive Sicherheitsorganisation (CSTO), eine Nachfolgeorganisation des Warschauer Paktes, wurden auch neue Sicherheitsorganisationen gegründet: Die australisch-britisch-amerikanische Gruppierung (AUKUS) sowie die asiatische Quad, bestehend aus den USA, Indien, Japan und Australien, richten sich gegen die angenommene chinesische Bedrohung. Präsident Trump versucht, die Verbündeten durch Androhungen von Schutzzöllen und Sanktionen an die USA zu binden.

Umgekehrt enthält Chinas Seidenstraßeninitiative, die sich über mehrere Kontinente erstreckt, viele Elemente „sanfter Macht“. Natürlich spielen wirtschaftliche Interessen Chinas die Hauptrolle. China unterhält keine Bündnisse, baut aber ein „globales Netzwerk von Partnern“. China dominiert auch die Shanghai-Kooperation-Organisation (SCO), die aber keinen Bündnischarakter besitzt.

Russland wiederum hat außer der Nachfolgeorganisation des Warschauer Paktes, der CSTO, keine funktionierenden Bündnisse. Russland hat aber Verbündete in Afrika, im Mittleren Osten und Lateinamerika. Jedoch sieht es seine Großmachtposition im Westen durch die NATO-Erweiterung und im Osten durch den chinesischen Einfluss mit der Seidenstraßeninitiative gefährdet. Die NATO hat seit Ende der neunziger Jahre ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes und sowjetische Republiken aufgenommen. Der Ukraine wurde beim NATO-Gipfel 2008 in Bukarest die Mitgliedschaft versprochen. Gleichzeitig haben viele ost- und südeuropäische Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen mit China wesentlich ausgebaut und Russland verdrängt. Zwischen 2012 und 2019 stieg der Handel Chinas mit sechzehn zentral- und osteuropäischen Staaten um siebzig Prozent.

Russland hat den Großmachtkonflikt verloren

Deshalb glaubte Russland, es könne mit dem Krieg gegen die Ukraine wenigstens seinen Einfluss im



Westen wahren, weil es selbst wirtschaftlich von China abhängig ist. Dementsprechend versteht Russland seine „Militäroperation“ in der Ukraine als Kampf gegen die Unipolarität. Aus langfristiger Perspektive hat Russland den Großmachtkonflikt mit dem Krieg in der Ukraine verloren. Russland hat zwar in der Ukraine auf dem Schlachtfeld Territorialgewinne erreicht. In der globalen Geopolitik hat Russland eine führende Position eingebüßt. Es ist nunmehr im Westen von NATO-Mitgliedern umgeben. Sein regionaler Spielraum ist eingeeignet.

Global ist Russland zum Juniorpartner Chinas geworden. Wirtschaftliche Abhängigkeiten entstanden. Russlands Wirtschaft hat ohnehin nur eine Größe von der Italiens oder Spaniens. Politisch-diplomatisch hat China Russland auf der Weltbühne und im Mittleren Osten abgelöst. Russlands Wirtschaft wird durch Sanktionen und Mangel an westlichen Investitionen wohl langfristig und nachhaltig geschädigt sein. Russland konnte den Sturz seines wichtigsten Verbündeten, al-Assad in Syrien Ende 2024, wegen seines militärischen Engagements in der Ukraine nicht mehr verhindern. Ein anderer Verbündeter, der Iran, verlor durch die Schwächung seiner Partner, der Hamas in Gaza und der Hisbollah im Libanon, an Bedeutung.

Was können kleinere Staaten tun?

Wenn sich Großmächten in einem globalen geopolitischen Konflikt befinden, haben kleinere Staaten zwei Optionen: Mitgliedschaft in einem Bündnis oder Neutralität und Blockfreiheit. Erstens können sie sich an eine Großmacht anlehnen („Bandwagoning“) und einem Bündnis beitreten, um die eigene Sicherheit zu erhöhen und auch wirtschaftliche Vorteile davon zu haben. Sie fürchten, im Falle eines Konfliktes alleine gelassen zu werden („Abandonment“). In diesem Fall bekommen

kleinere Staaten in der Regel Schutzversprechen (wie etwa mit Artikel V im NATO-Vertrag).

Sie laufen aber zugleich Gefahr, in fremde und Großmachtkonflikte hineingezogen zu werden („Entrapment“), weil sie als Gegenleistung für die Schutzversprechen auch Verpflichtungen eingehen müssen. Sie sind dazu angehalten, anderen Schutz zu gewähren, unabhängig, ob die eigenen Interessen betroffen sind. Mit dem Beitritt zur NATO wählten Finnland und Schweden ein Bündnis vor Neutralität und Blockfreiheit. Begründet wurde dieser Schritt mit der Sicherheitsgarantie der NATO, die die Ukraine nicht gehabt habe. Die Finn:innen und Schwed:innen fühlten sich subjektiv durch Russland bedroht, konkrete Bedrohungen lagen allerdings nicht vor, wie die finnische Außenministerin dem Autor gegenüber erwähnte. Hybride Drohungen haben seit dem Beitritt zur NATO sogar zugenommen.

Zweitens können kleinere Staaten neutral und blockfrei bleiben. Damit vermeiden sie die Gefahr, automatisch in einen Großmachtkonflikt verwickelt zu werden. Dieser Status der Neutralität muss aber glaubhaft und berechenbar sein. Das bedeutet, dass ein neutraler Staat schon in Friedenszeiten seine Neutralität und Blockfreiheit unzweideutig vermitteln muss. Er muss immer wieder klarstellen, dass er nicht anstrebt, einem Militärbündnis beizutreten, und darf nicht an fremden Kriegen teilnehmen oder zulassen, dass fremde Truppen auf seinem Territorium stationieren werden.

Ukraine: Verpasste Chance

Ein erfolgreiches historisches Beispiel für eine Neutralitätslösung ist die Situation Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. In einer Situation der geopolitischen Blockbildung war Österreich einem Großmachtkonflikt ausgesetzt. Österreich war von den Siegermächten vierfach besetzt. Indem sich Österreich

1955 für die permanente Neutralität entschied, vermied es Besetzung und Teilung.

Die Ukraine verhielt sich vor dem russischen Einmarsch keineswegs neutral, obgleich sie nicht Mitglied der NATO war. Ein Staat kann nicht glaubhaft neutral sein und gleichzeitig einem Militärbündnis beitreten wollen. Beim Abschluss des Budapester Memorandums 1994 war die Ukraine noch neutral. Seit 2005 war sie auf NATO-Beitrittskurs. In seinem ersten Amtsjahr 2005 unterzeichneten Präsident Yushenko und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer ein Übereinkommen, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine anzustreben. 2008 versprach der NATO-Gipfel von Bukarest der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft. Yanukovych war nach 2010 eine kurze Ausnahme. 2014 und 2019 gab es Parlamentsresolutionen, die NATO-Mitgliedschaft in die Verfassung aufzunehmen, was dann auch geschah.

Neutralität hätte für die Ukraine aber die Lösung sein können, wenn die NATO-Erweiterung das Hauptmotiv Russlands für den Einmarsch in die Ukraine war. Neutralität und der Verzicht der Ukraine auf die NATO-Mitgliedschaft wären eine Möglichkeit gewesen, dass russische Truppen abziehen. Ein derartiger Vorschlag wurde vom Autor vor der russischen Übernahme der Krim am 3. März 2014 gemacht. Am 20.3. wurde dieser Vorschlag von der österreichischen Regierung übernommen,⁽¹⁾ allerdings aus unbekannten Gründen im Herbst wieder fallen gelassen.

Wäre die Ukraine auf glaubhaftem Neutralitätskurs geblieben, hätte der Krieg wahrscheinlich verhindert werden können, und die Ukraine hätte die Ostukraine, mit einer starken Autonomieregelung, wie im Minsk-Übereinkommen vorgesehen war, behalten können. Bei den Verhandlungen in Istanbul im März 2022 kam diese Lösung wieder zur Sprache, wurde aber nach der In-

(1) <https://kurier.at/politik/ausland/faymann-neutralitaet-als-modell-fuer-ukraine/56.863.875>



tervention des britischen Premierministers Boris Johnson unmittelbar danach verworfen. Nunmehr droht der Ukraine permanente Besetzung oder permanente Teilung, wie in Deutschland oder Korea im Kalten Krieg. Rückgewinnung des Territoriums bei Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft mit der Möglichkeit der EU beizutreten, wird nach drei Jahren Krieg von 71 Prozent der Ukrainer:innen bevorzugt.⁽²⁾

Das Gegenargument lautet, dass Neutralität nicht die Lösung sein könne, weil Russland die Errichtung eines russischen Imperiums oder die Wiederbelebung der Sowjetunion oder gar des Warschauer Vertragsgebietes anstrebe. Dafür fehlten Russland allerdings die Kapazitäten. Die Rüstungsausgaben Russlands von etwa sechzig Milliarden Dollar im Jahr waren vor Beginn des Krieges nicht gestiegen. Das waren etwa sechs Prozent der Rüstungsausgaben der NATO. Im Vergleich dazu gab das nationalsozialistische Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg für Rüstung so viel, wie zwei Drittel seiner Gegner in Europa aus.

Präsident Trump will sich aus dem Ukrainekrieg zurückziehen. Um das zu erreichen, verfolgt er eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Dem durch den Krieg global geschwächten und von China abhängigen Russland machte er vage Angebote für künftige Verhandlungen über einen regionalen Status quo, droht aber gleichzeitig mit Sanktionen. Er lässt aber offen, dass er auch gleich wieder aussteigen könnte wie aus den Gesprächen mit Nordkorea 2020. Der Ukraine bietet er den Kauf von Rohstoffen an, die er ja auch von Russland kaufen könnte, droht aber gleichzeitig mit dem Aussetzen der Hilfe. Er will der Ukraine keine Sicherheitsgarantien gewä-

ren, um nicht in einen neu aufflammenden Krieg verwickelt zu werden, verweist aber auf die Europäer:innen.

Das 2025 intensivierte Aufrüstungsprogramm der EU wird den Krieg in der Ukraine nicht beenden, aber man bereitet sich damit auf einen neuen Eisernen Vorhang in Europa vor. Die Geschichte hat gezeigt, dass nach Kriegen die politischen Grenzen mehr oder weniger dort gezogen werden, wo die Armeen zum Stehen gekommen sind. Nachdem Finnland und Schweden der NATO beigetreten sind, zeichnet sich eine neue harte Grenze, mit Aufrüstungsprozessen diesseits und jenseits ab. Die Europäer:innen wollen diese Grenze auch ohne die USA sichern können. Sie wird voraussichtlich durch die Ukraine gehen. Verhandlungen können noch einige Verschiebungen bringen.

Historisches Vorbild

Schon vor dem Ende des Krieges in der Ukraine muss über eine Nachkriegsordnung nachgedacht werden. Vorbild kann die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) sein. Deren Schlussakte ist wohl das historisch wichtigste Dokument der Nachkriegszeit Europas. Das Dokument stellte die territoriale Nachkriegsordnung nicht in Frage und anerkannte das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, formulierte gleichzeitig aber einen Wertekatalog über Menschenrechte und Grundfreiheiten. Mit der KSZE wurden die Grenzen in Europa anerkannt, eine gewaltsame Veränderung ausgeschlossen, sowie gemeinsame Werte formuliert, die aber letztlich zur Aufweichung des Ostblockes führten. Damit verbunden war die deutsche Ostpolitik. Sie sollte Wandel durch Annäherung bringen.

Im Gegensatz zu den Sicherheitsstrategien der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts vermied dieses Dokument Ausdrücke wie Feind, Gegner, Konkurrent, Herausforderer, Rivale. Der Schwerpunkt lag auf kooperativer und gemeinsamer Sicherheit. Es unterstrich hingegen die Unteilbarkeit von Sicherheit, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Notwendigkeit kooperativer Sicherheit und Gewaltverzicht. Diese Prinzipien sollten das „Sicherheitsdilemma“ durchbrechen, das auf dem Höhepunkt der Blockkonfrontation entstand, die Aufrüstung, gegenseitiges Misstrauen, Beschuldigungen expansionistischer Aktivitäten und ideologische Differenzen zur Folge hatte. Der offiziell 1973 begonnene Verhandlungsprozess war auch eine Folge des sowjetischen Einmarsches in der Tschechoslowakei 1968. Eine Woche nach dem Einmarsch fuhr eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland nach Moskau, um Gespräche über eine kollektive Sicherheit in Europa aufzunehmen. Man wollte weitere Interventionen verhindern, insbesondere in Ostdeutschland.

Es wird lange dauern, bis ein derartiger Prozess nach Ende des Ukrainekrieges begonnen und weitergeführt werden kann. Im Kalten Krieg begannen Rüstungskontrollgespräche nach der Kuba-Krise 1962. Der Plan des belgischen Außenministers Harmel von 1967 betonte neben „Abschreckung und Verteidigung“ auch den Dialog mit Moskau. Das Weißbuch der Europäischen Union vom März 2025⁽³⁾ kennt zwar „Abschreckung und Verteidigung“ aber nicht den Dialog. Rüstungskontrolle wird nicht erwähnt. Es wird ein langer Weg bis 1975 sein.

Heinz Gärtner ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Vorsitzender des Beirats des Internationalen Instituts für Frieden (IIP)

(2) Umfrage des „European Council on Foreign Relations“, 15. Jänner 2025; <https://ecfr.eu/publication/alone-in-a-trumpian-world-the-eu-and-global-public-opinion-after-the-us-elections>

(3) https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/30b50d2c-49aa-4250-9ca6-27a0347cf009_en?Filename=White%20Paper.pdf

